



13022/AB

vom 13.09.2017 zu 13827/J (XXV.GP)

BMJ-Pr7000/0150-III 1/2017

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER VIZEKANZLER UND
BUNDESMINISTER FÜR JUSTIZ

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 13827/J-NR/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Nikolaus Scherak, Kolleginnen und Kollegen, haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Studien, die vom BMJ in Auftrag gegeben wurden“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1 und 2:

Ich verweise hinsichtlich des Zeitraums 1. August bis 31. Dezember 2016 auf die Beantwortung der Voranfrage zur Zahl 11626/J-NR/2017 betreffend „Erbringung von Dienstleistungen an das BMJ im Jahr 2016“. Im Jahr 2017 wurden vom Bundesministerium für Justiz folgende externe Studien in Auftrag gegeben:

- Am 9. Jänner 2017 wurde die interdisziplinäre Forschungsstelle Austrian Center for Law Enforcement Sciences (ALES) der Universität Wien beauftragt, binnen zwölf Monaten eine umfassende Studie über den Umgang mit Misshandlungsvorfällen gegen Exekutivbeamtinnen und Exekutivbeamte zu erstellen. Die Eckpunkte des Projekts wurden auf der Homepage der Forschungsstelle ALES veröffentlicht. Die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer ist vertraglich berechtigt, die Erkenntnisse – nach Anonymisierung aller personenbezogenen Daten – zu publizieren.

Das Auftragsvolumen beträgt 50.158 Euro (inkl. USt, zzgl. allfälliger Fahrt- und Reisekosten bis maximal 1.000 Euro).

- Mit Vereinbarung vom 7. April 2017 wurde das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) mit der Erstellung einer Studie zum Thema „Wege in die Radikalisierung: Wie Jugendliche zu IS-Sympathisanten werden (und welche Rolle die Justiz dabei spielt)“ beauftragt. Es handelt sich dabei um eine Folgestudie zu der in Beantwortung der Vorjahresanfrage Zahl Zl. 9473/J-NR/2016 angeführten Studie

des IRKS zum Thema „De-Radikalisierung im Gefängnis“. Die Studie soll bis Ende Oktober 2017 abgeschlossen sein.

Das Auftragsvolumen belief sich auf 29.610 Euro (inkl. USt, zzgl. 300 Euro Reisekosten).

- Am 19. Juni 2017 wurde die Universität Linz, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre mit einem Gutachten zur (allenfalls) notwendigen rechtlichen Umsetzung des im Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018 enthaltenen Neutralitätsgebots im öffentlichen Dienstbeauftragt. Die Studie soll im Herbst abgeschlossen sein.

Das Auftragsvolumen beträgt 20.000 Euro (inkl. USt).

Zu 3:

Die (noch ausstehenden) Ergebnisse der Studien werden selbstverständlich in die weitere Tätigkeit des BMJ einfließen. Studien externer und unabhängiger, Fachexperten sind unverzichtbar, um die Logistik und ihre Folgewirkungen zu optimieren.

Zu 4:

Beauftragungen von Studien, bei denen die angefragten Eckpunkte bereits klargestellt sind, stehen derzeit nicht unmittelbar vor.

Wien, 13. September 2017

Dr. Wolfgang Brandstetter

